

Die Haushaltsansätze 2013

Für das laufende Haushaltsjahr 2013 liegen zum Zeitpunkt der Erstellung des Erläuterungsteils zum Haushaltsplan 2013 noch keine Rechnungsergebnisse vor. Wesentlicher Gegenstand der Erläuterung können somit nur Änderungen, die sich im Laufe des Haushaltsjahres ergeben haben, sein.

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Soden am Taunus am 06.12.2012 beschlossen. Eine Genehmigung gemäß § 114i bzw. 114j HGO erfolgte durch den Main-Taunus-Kreis am 11.03.2013. Die Genehmigung war erforderlich, da im Haushaltsplan 2013 eine Verpflichtungsermächtigungen von 270.000,00 €, Kassenkredite von 20 Mio. € und Investitionskredite von 3.560.000,00 € vorgesehen waren.

Der Haushaltsplan 2013 schloss

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	51.549.264,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	56.067.886,00 €
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	810.400,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	311.800,00 €
mit einem Fehlbedarf von	4.764.122,00 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 4.236.060,00 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.032.025,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.385.782,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	3.560.000,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	939.491,00 €
mit einem Finanzmittelfehlbedarf von	5.969.308,00 €

ab.

Nach § 114e der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) kann die Haushaltssatzung nur durch die Nachtragssatzung geändert werden. Die Nachtragssatzung muss bis zum Ablauf des Haushaltsjahres durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen sein.

Nach § 114e HGO hat eine Gemeinde unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn

1. sich zeigt, dass im Ergebnishaushalt trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Fehlbetrag entstehen oder ein veranschlagter Fehlbedarf sich wesentlich erhöhen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
2. sich zeigt, dass im Finanzhaushalt ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
3. bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen und Auszahlungen bei einzelnen Ansätzen oder einzelnen vorgegebenen Finanzrahmen (Budget) in einem im Verhältnis zu den gesamten Aufwendungen und Auszahlungen erheblichen Umfang geleistet werden müssen,
4. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen,
5. Beamte, Angestellte oder Arbeiter eingestellt, befördert oder in eine höhere Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft werden sollen und der Stellenplan die hierzu notwendigen Stellen nicht enthält.

I. Entwicklung in 2013

Die vorgenannten gesetzlichen Voraussetzungen liegen zu Ziffer 1 und 2 vor, so dass der Erlass einer Nachtragssatzung 2013 unumgänglich war.

1. Entwicklung der ordentlichen Erträge

Das Volumen des Gesamtergebnishaushaltes 2013 hat sich durch den 1. Nachtragshaushaltsplan im Ertragsbereich um 7.507.367,00 € auf nunmehr 44.041.897,00 € verringert.

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen stellt sich zum Zeitpunkt als Ursache für die Aufstellung des Nachtragshaushaltes dar. Von den prognostizierten und geplanten 21 Mio. € im Haushaltsansatz 2013 verbleiben lediglich 12 Mio. € im Nachtragshaushaltsansatz.

Grund für die negative Entwicklung ist der Weggang eines Unternehmens mit einem Steuervolumen von 15 Mio. € zum 31.12.2012. Der Einbuch der Gewerbesteuer im Jahr 2013 kann durch eine Nachzahlung aus Vorjahren von 6 Mio. € einmalig abgedeckt, aber nicht kompensiert werden. Aus diesem Grund wurden 9 Mio. € als Verschlechterung des Gewerbesteuerertrages in den Nachtragshaushalt eingestellt.

Im Bereich der Zuweisung für die Einkommensteuer, Umsatzsteuer und die Zuweisungen für das Familienausgleichsgesetz werden im Haushaltsvollzug im Jahr 2013 höher ausfallen, als es in der Planung ursprünglich im Haushaltsplan 2013 berücksichtigt wurden.

Aufgrund der höheren Zuweisung ist insgesamt ein Mehrertrag von 1.489.000,00 € in den Nachtragshaushaltsplan eingeplant worden.

2. Entwicklungen der ordentlichen Aufwendungen im Ergebnisplan

Die ordentlichen Aufwendungen im Aufwandsbereich vermindern sich um 6.680.655,00 € auf nunmehr 49.387.231,00 €.

Die Aufwendungen für Personalausgaben sind im Jahr 2013 mit einer Verringerung von 239.999,00 € auf 9.259.286,00 € neu budgetiert worden. Die Reduzierung orientierte sich an den Ist-Ergebnissen, inklusive einer Steigerungsrate von 3 %, des Jahres 2012.

In Folge der Neuberechnung der Pensionsrückstellungen für Beamte kann der Ansatz um 210.000,00 € auf 1.478.884,00 € reduziert werden.

Die Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen wurden im Hinblick auf die nicht verausgabten Haushaltsmittel der Jahre 2010 bis 2012 untersucht. Das erzielte Einsparpotential der nicht verausgabten Mittel führte zu einer neuen Budgetierung und Festlegung einer Ausgabenobergrenze der Sach- und Dienstleistungen von 10.819.915,00 €.

Die Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie besondere Finanzausgaben konnten ebenfalls pauschal aufgrund der nicht verausgabten Haushaltsmittel von 29.100,00 € gekürzt werden.

In Folge der Steuerausfälle konnten die Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen um 4.838.432,00 € reduziert werden. Für die Kreis- und Schulumlage ist es wegen einer höheren Rückstellungsbildung der Vorjahre möglich, eine geringere Zuführung zur bilanziellen Rückstellung zu veranlassen.

3. Entwicklung der Finanzerträge im Ergebnisplan

Die Gewerbesteuernachzahlung aus Vorjahren führt zu einer Zinszahlung von 2.738.000,00 €. Die einmalige Zinszahlung trägt somit einmalig zu einer Verbesserung des Gesamtergebnisplans bei.

4. Jahresergebnis im Ergebnisplan

In der Summe der oben genannten Faktoren verbessert sich der gewiesene Fehlbetrag im Gesamtergebnishaushalt von 4.764.122,00 € um 2.211.320,00 € auf 2.552.802,00 €.

5. Entwicklung im Gesamtfinanzplan

Das Volumen des Gesamtfinanzplans erhöht sich in der Position des Finanzmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit um 3.132.113,00 € auf - 7.368.172,00 €, da eine geringere Zuführung zu Pensionsrückstellungen sowie eine geringere Zuführung zur Kreis- und Schulumlage im Ergebnisplan erfolgen und der Mittelabfluss an den Main-Taunus-Kreis in 2013 stattfindet. Die Rückstellungen für die Kreis- und Schulumlage werden mit der Auszahlung an den Main-Taunus-Kreis abgebaut.

Als Folge der oben genannten Ereignisse wurde ein parteiübergreifender Konsolidierungsausschuss gebildet. Im Konsolidierungsausschuss wurden die Investitionen von den Fraktionen im Einzelnen beleuchtet und als kurzfristige Maßnahme zur Entlastung des Liquiditätsbedarfs und der Nettoneuverschuldung bezüglich des Investitionsprogramms folgendes Einvernehmen erzielt:

- Zurückstellung der Sanierung des Alten Rathauses Altenhain inkl. Anbau (914.969,00 €),
- der geplante Abriss des Parkhauses kommt 2013 nicht zur Ausführung, aber die Planungsgelder bleiben erhalten (710.000,00 €),
- Zurückstellung der Fortsetzung der Planungen Feuerwehr Neuenhain (365.437,00 €)
- Neubau der Urnenwand auf dem Friedhof Altenhain und die Erweiterung der Urnenwand auf dem Friedhof Bad Soden werden zurückgestellt (306.187,00 €),
- der Ansatz für den Breitbandausbau wird von 250.000,00 € auf 50.000,00 € reduziert (für Leerrohre) (200.000,00 €),
- Zurückstellung der Sanierung des Glockenbrunnens (140.000,00 €),
- die Maßnahmen zur Erschließung des B-Plans 50 (Süwag-Gelände) sowie die Renaturierung des Sulzbachs kommen 2013 nicht zur Ausführung (610.000,00 €),
- Sanierung der Soleleitung Altes Badehaus Medico Palais wird zurückgestellt (115.000,00 €),
- die Gelder für Hochbordabsenkungen werden auf 10.000,00 € halbiert (10.000,00 €).

In der Summe ergibt sich eine Verbesserung des Finanzmittelflusses aus Investitionstätigkeit von 1.604.243,00 € auf - 3.781.539,00 €.

Für Einzahlungen für Investitionszuweisungen wird ein zusätzlicher Betrag für eine zweckgebundene Spende für den Erwerb eines Bildes für das Stadtmuseum vereinbart. Des Weiteren wird das Thermalsolebad an einen Investor in 2013 verkauft. Außerdem sind im Nachtrag Grundstückskäufe von 810.000,00 €, Planung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes MTK 30.000,00 €, Zuschuss für den Umbau von Räumlichkeiten für die kinderbetreuenden Einrichtung für die Schaffung von U3 Plätzen von 135.000,00 € und weitere 150.000,00 € für die Planung und Umsetzung der Urnennischenwand in Neuenhain zusätzlich vorgesehen.

In Folge der gekürzten Investitionen von 1.604.243,00 € und eine erhöhte Einzahlung von 325.052,00 € kann die Kreditaufnahme auf 1.634.000,00 € herabgesetzt werden.

Der Finanzplan weist in der Gesamtsumme einen Fehlbedarf von 9.116.125,00 € auf. Unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestandes am Anfang des Haushaltsjahres von 6.000.000,00 € und der Investitionskredite von 1.634.000,00 € wird sich zum Jahresende ein Kassenkredit nach Plan von 3.116.125,00 € ergeben.

Der Gesamtbetrag der Kredite war in § 2 der Haushaltssatzung 2013 auf insgesamt 3.560.000,00 € festgesetzt. Dieser kann durch den 1. Nachtragshaushaltsplan 2013 gegenüber der bisherigen Festsetzung um 1.926.000,00 € auf 1.634.000,00 € verringert werden.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Soden am Taunus am 19.06.2013 beschlossen. Eine Genehmigung gemäß § 114i bzw. 114j HGO erfolgte durch den Main-Taunus-Kreis am 11.07.2013.

II. Haushaltsvollzug

1. Erträge

Das Volumen des Ergebnisplans des 1. Nachtragshaushaltes 2013 wird sich hat sich im Haushaltsvollzug, auch in Folge der halbjährigen Haushaltssperre, verbessert. Der Bereich der Erträge weist zur Haushaltseinbringung schon ein Volumen von 28,7 Mio. € aus.

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen stellt sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts positiv dar. Nach der Fortschreibung des Anordnungs-Solls bis zum 31.12.2013, also einschließlich Vorausleistungen für das IV. Quartal, werden wir gemäß derzeitiger Planung voraussichtlich 1 Mio. € höhere steuerliche Erträge erzielt. Dies hängt mit Nachzahlungen und mit Neufestsetzungen der Gewerbesteuer durch das Finanzamt zusammen.

Es ist bei dieser Entwicklung insbesondere auf den Mehrertrag bei der Gewerbesteuer von geplanten 12 Mio. € auf prognostizierten 13 Mio. € zurückzuführen.

Aufgrund dieser gewerbesteuerlichen Konstellation und Nachzahlungen in 2013 konnten bei der Festsetzung der nachträglich zu zahlenden Gewerbesteuer auch entsprechend Zinsen von 2.917 T€ verbucht werden, die auch im Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt wurden.

Die Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich, Einkommensteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuererstattung werden ihre Ansätze erreichen. Bei der Grundsteuer B ist durch die Erschließung von neuen Baugebieten eine Ansatzverbesserung von 59 T€ zu verzeichnen.

Im Baugebiet Kleiner Hetzel wurde durch ein Bieterverfahren ein weiteres Grundstück an den Markt gebracht und es wird 2013 noch veräußert. Des Weiteren steht der Verkauf des Thermalsolebades kurz vor dem Vertragsabschluss.
In der Prognose werden die Erträge bis zum Jahresende auf 48 Mio. € (Summe aller ordentlichen Erträge, Finanzerträge und außerordentlichen Erträgen) voraussichtlich erreicht.

2. Aufwendungen

Die Aufwendungen des Ergebnisplanes werden voraussichtlich, trotz Verschiebungen innerhalb der einzelnen Positionen, in der Gesamtsumme wie geplant entwickeln.

Einsparungen werden bei den Aufwendungen im Bereich der Personalkosten und im Bereich der Sach- und Dienstleistungen von rd. 637 T€ möglicherweise erzielt werden.

Da es sich bei den übrigen Aufwandserhöhungen (über- und außerplanmäßige Ausgaben) jeweils um viele Beträge handelt, über die der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Soden am Taunus regelmäßig berichtet wird, soll hier auf weitere Erläuterungen verzichtet werden.

Den Mehraufwendungen stehen aber auch Einsparungen an vielen Positionen gegenüber.

3. Prognose

Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Entwicklung der Erträge und Aufwendungen wird sich der ursprüngliche Fehlbedarf von 2.552.802,00 derzeit um 1.045.068,00 € auf ca. 1.507.734,00 verbessern.

4. Finanzplan

Im Finanzplan sind momentan Auszahlungen für Investitionen von 3.013 Mio. € durchgeführt worden. Voraussichtlich wird im Bereich der Investition von geplanten Investitionsvolumen nur knapp € 4 Mio. bis € 5. Mio. zum Jahresende erreicht werden.

Auf der Auszahlungsseite werden mehrere Maßnahmen entweder nicht durchgeführt oder in 2013 nicht mehr kassenwirksam, so dass diese Mittel eingespart werden können.

Wegen der finanziellen Liquiditätsentwicklung und der Durchführung von verschiedenen Bauprojekten müssen im Jahr 2013 voraussichtlich nur ein Kassenkredit von 300.000,00 € zum Jahressende aufgenommen werden. Der voraussichtliche Finanzmittelbestand fällt von rd. 6 € Mio. Anfang 2013 auf rd. - 300.000,00 € zum Jahresende 2013 ab.

Es wurden Kredite von 8.633.000,00 € in § 2 der Haushaltssatzung 2012 und in der 1. Nachtragssatzung 2013 ein Volumen von 1.634.000,00 € festgesetzt. Diese Kreditermächtigungen werden durch Magistratsbeschluss nach § 103 Abs. 3 HGO in das Jahr

2014 verschoben, um die laufenden und sich im Vollzug befindlichen Investitionen zahlen zu können.
Die Kreditermächtigung des Jahre 2012 bleibt nach § 103 Abs. 3 HGO so lange bestehen, bis die Genehmigung des Haushaltsplans 2014 durch die Aufsichtsbehörde (Main-Taunus-Kreis) erfolgt ist.

Doppischer Haushaltsplan 2014

Die Planung und Bewirtschaftung der kommunalen Finanzen wurde seit dem Jahr 2008 von Grund auf geändert. An Stelle der bisherigen Finanzordnung (Kameralistik) ist das Neue Kommunale Finanzwesen (NKF) getreten. Unter diesen Gesichtspunkten wurde die Haushaltsplanung 2014 erstellt.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	50.363.018,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	51.943.148,00 €
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.007.650,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	310.500,00 €
mit einem Fehlbedarf von	1.702.480,00 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.716.221,00 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.196.828,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	8.664.341,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	8.664.341,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.020.000,00 €
mit einem Finanzmittelüberschuss von	3.893.049,00 €

festgesetzt.

Eine Verpflichtungsermächtigung ist im Haushaltsplan 2014 von 1.207.000,00 € vorgesehen.

Der Gesamtergebnishaushalt

Die ordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

Position	Bezeichnung	Ansatz	Anteil in %
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	922.265	1,82
2	Öffentlich-rechtliche Entgelte	3.806.700	7,53
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	251.050	0,50
4	Bestandsveränderungen, aktiv. Eigenleistungen	0	0,00
5	Steuern und steuerähnliche Erträge	40.750.100	80,59
6	Erträge aus Transferleistungen	1.346.000	2,66
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	561.160	1,11
8	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	451.488	0,89
9	Sonstige ordentlichen Erträge	2.274.255	4,50
10	Summe ordentlichen Erträge	50.363.018	99,60
21	Finanzerträge	200.000	0,40
	Summe ordentlichen Erträge mit Finanzerträgen	50.563.018	100,00

Die oben aufgeführten Einzelpositionen werden auf den folgenden Seiten näher erläutert.

1 Privatrechtliche Leistungsentgelte

922.265,00 €

➤ Umsatzerlöse aus Verkauf	47.700,00 €
➤ Erlöse aus der Überlassung von Gebäuden und Räumen	792.565,00 €
➤ Sonstige Umsatzerlöse	82.000,00 €

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

3.806.700,00 €

➤ Verwaltungsgebühren	357.700,00 €
➤ Benutzungsgebühren	3.355.655,00 €
➤ Erträge aus Buß- und Verwarngeldern	94.100,00 €

3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen

251.050,00 €

➤ Kostenerstattung innerhalb des Standesamtsbezirks	26.600,00 €
➤ Erstattungen von Ersatzvornahmen	1.300,00 €
➤ Kostenerstattung im Bereich Diakoniestation	54.400,00 €
➤ Kostenerstattungen aus den konventionellen Kindergärten	130.000,00 €
➤ Raumkostenerstattungen von den Stadtwerken	15.900,00 €
➤ Kostenerstattungen für Stellplatzablöse	17.850,00 €
➤ Andere Kostenerstattungen	5.000,00 €

4 Bestandsveränderungen u.a. aktivierte Eigenleistungen **0,00 €**

Bestandsveränderungen u.a. aktivierte Eigenleistungen sind für das Haushaltsjahr 2014 nicht vorgesehen.

5 Steuern und ähnliche Erträge aus gesetzlichen Umlagen **40.750.100,00 €**

➤ Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	16.400.000,00 €
➤ Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	677.000,00 €
➤ Grundsteuer A	5.100,00 €
➤ Grundsteuer B	4.600.000,00 €
➤ Gewerbesteuer	19.000.000,00 €
➤ Spielapparatesteuer	8.000,00 €
➤ Hundesteuer	60.000,00 €

6 Erträge aus Transferleistungen **1.346.000,00 €**

➤ Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich	1.346.000,00 €
------------------------------------------------------------	----------------

7 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen **561.160,00 €**

➤ Schlüsselzuweisungen	148.560,00 €
➤ Investitionszuschüsse des Landes	5.000,00 €
➤ Zuweisungen des Kreises für den Brandschutz	23.500,00 €
➤ Zuweisungen des Landes für die Kindertagesstätten	371.600,00 €
➤ Sonstige Zuweisungen	12.500,00 €

8 Erträge aus Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und -beiträgen **451.488,00 €**

➤ Gemeindestraßen	342.007,00 €
➤ Sonstige Sonderposten	109.481,00 €

9 Sonstige ordentliche Erträge **2.274.255,00 €**

➤ Konzessionsabgaben	676.000,00 €
➤ Personalgestellung Stadtwerke	1.279.455,00 €
➤ Nebenerlöse aus Verpflegungsentgelt in Kindertagesstätten	90.000,00 €
➤ Nebenerlöse aus Veranstaltungen	79.200,00 €
➤ Sonstige Erträge	98.000,00 €
➤ Kostenerstattungen im Bereich Kindertagesstätten	51.300,00 €

10 Summe der ordentlichen Erträge

50.356.123,00 €

Summe der ordentlichen Erträge mit Finanzerträgen

50.556.123,00 €

Die ordentlichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Position	Bezeichnung	Ansatz	Anteil in %
11	Personalaufwendungen	9.276.350	18,00
12	Versorgungsaufwendungen	1.470.725	2,78
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.033.849	20,83
14	Abschreibungen	2.754.965	5,20
15	Zuweisungen und Zuschüsse	4.813.000	9,08
16	Steueraufwendungen, ges. Umlageverpflichtungen	22.564.994	42,61
17	Transferaufwendungen	100	0,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.165	0,06
20	Summe ordentliche Aufwendungen	51.865.637	98,08
22	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.019.500	1,92
	Summe ordentliche Aufwendungen mit Finanzaufwendungen	52.885.137	100,00

11 Personalaufwendungen

9.276.350,00 €

12 Versorgungsaufwendungen

1.470.725,00 €

Im Stellenplan nach der neuen GemHVO-Doppik ist eine prozentuale Aufteilung der Stellen zu den einzelnen Teilhaushalten (Produkten) vorzunehmen. Bei der Haushaltsplanung haben die Produktverantwortlichen diese Aufteilung auf die einzelnen Produkte vorgenommen, wodurch der tatsächliche Ressourcenverbrauch bei den Produkten ersichtlich wird. Ergänzt wird dies durch die interne Leistungsverrechnung, die in diesem Haushalt bei den ehemaligen Gebührenhaushalten vorgenommen wurde und jeweils beim Produkt hinterlegt wurde.

Grundlage für die Aufwandsermittlung ist die personenbezogene Jahresberechnung für die einzelnen Beschäftigten unter Berücksichtigung der Zuordnungsmatrix aus dem Stellenplan. Des Weiteren wurde sich an die Zahlen des 1. Nachtragshaushaltes 2013 angelehnt und eine Ausgabenobergrenze festgelegt.

Somit setzen sich die gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen von insgesamt 10.750.075,00 € wie folgt zusammen:

➤ Entgelt für geleistete Arbeitszeit und Sonderzuwendungen	7.103.912,00 €
➤ Dienst- und Amtsbezüge	434.720,00 €
➤ Arbeitgeberanteil Sozialversicherungen	1.464.338,00 €
➤ Leistungsentgelt für Beschäftigte	100.000,00 €
➤ Versorgungsaufwendungen für Aktive	1.228.525,00 €
➤ Aufwendungen und Beihilfen für Versorgungsempfänger	142.200,00 €
➤ Zuführung zu Pensionsrückstellungen	100.000,00 €
➤ Sonstige Personalaufwendungen	169.780,00 €

13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

11.033.849,00 €

Hierunter fallen im Wesentlichen folgende Aufwandsgruppen:

- Aufwendungen für Material, Energie
 - insbesondere Verbrauchs- und Büromaterial, Strom, Gas, Treibstoffe und Material zur Instandhaltung des Anlagevermögens
- Aufwendungen für bezogene Leistungen
 - Fremdleistungen für die Instandhaltung des Anlagevermögens, Wartungskosten, Aufwandsentschädigungen für erbrachte Leistungen
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten
 - Mieten, Pachten, Leasing, Lizenzgebühren, Aufwendungen für Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Sachverständige, Gerichtskosten
- Aufwendungen für Kommunikation, Information, Reisen, Werbung
 - Bücher und Zeitschriften, Telefon, Datenübertragungskosten, Reisekosten, Repräsentationen, Werbung, Fort- und Weiterbildung
- Aufwendungen für Beiträge, Wertkorrekturen
 - Versicherungsbeiträge, Mitgliedbeiträge in Vereinen und Verbänden, Schadenersatzleistungen

In Folge des 1. Nachtragshaushalt 2013 ist eine Ausgabenobergrenze bei den Sach- und Dienstleistungen auch beim Haushaltsplanentwurf 2014 eingezogen worden.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über das Haushaltsvolumen von Strom, Gas, Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen sowie über sonstige weitere Fremdleistungen:

Bezeichnung	Konto	Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
Strom	6051000	257.331,95	285.400,00	301.928,00
Gas	6052000	359.993,84	412.700,00	462.408,00
Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen	6161000	786.654,98	924.200,00	890.615,00
Sonstige weitere Fremdleistungen	6139000	790.438,06	755.742,00	1.185.412,00

14 Abschreibungen

2.754.965,00 €

Entgegen der kameralen Verpflichtung, nur bei den gebührenrechnenden Einrichtungen Abschreibungen vorzunehmen, sind gemäß § 43 GemHVO-Doppik bei allen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern.

Im Haushalt 2014 wurden die ermittelten Abschreibungsbeträge für das bewertete Anlagevermögen des Jahresabschlusses 2009 und deren Fortschreibung bis in das Haushaltsjahr 2014 eingesetzt.

15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse **4.811.000,00 €**

➤ Träger anderer Kindertagesstätten (Allgemein)	3.929.500,00 €
➤ Träger anderer Kindertagesstätten (Bambini, U3)	245.000,00 €
➤ Zuschüsse für Jugendarbeit	231.700,00 €
➤ Außerschulische Betreuung	171.000,00 €
➤ Kulturelle Vereine, Sportvereine, Raumkosten, Senioren, Sonst.	233.800,00 €

16 Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen **22.564.994,00 €**

➤ Kreisumlage	12.736.754,00 €
➤ Schulumlage	5.268.082,00 €
➤ Gewerbesteuerumlage	3.820.000,00 €
➤ Kompensationsumlage	590.158,00 €
➤ Umlage Regionalverband Rhein-Main	150.000,00 €

17 Transferaufwendungen **100,00 €**

➤ Ehrungen	100,00 €
------------	----------

18 Sonstige ordentliche Aufwendungen **31.165,00 €**

➤ Grundsteuer	23.000,00 €
➤ Kfz-Steuer	8.165,00 €

19 Summe der ordentliche Aufwendungen **51.943.148,00 €**

20 Verwaltungsergebnis (Position 10 J. Position 19) **- 1.580.130,00 €**

21 Finanzerträge **200.000,00 €**

➤ Bankzinsen	100.000,00 €
➤ Zinsen aus Steuernachforderungen	58.100,00 €
➤ Mahngebühren und Säumniszuschläge	40.000,00 €
➤ Sonstige Finanzerträge	1.900,00 €

22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

1.019.500,00 €

➤ Zinsen für Kredite aus Landesmitteln	42.000,00 €
➤ Zinsen für Kredite vom übrigen Bereich	870.000,00 €
➤ Zinsen und Gebühren für laufende Konten	10.000,00 €
➤ Zinsen für Gewerbesteuer Guthaben	50.000,00 €
➤ Zinsdienstumlage für Konjunkturprogramme	47.500,00 €

23 Finanzergebnis (Position 21 ./ Position 22)

- 819.500,00 €

Das **Verwaltungsergebnis (Position 20)** saldiert mit dem **Finanzergebnis (Position 23)** führt zum **Ordentlichen Ergebnis** des Haushaltsjahres.

24 Ordentliches Ergebnis

- 2.399.630,00

25 Außerordentliche Erträge

€ 1.007.650,00

➤ Spenden für Veranstaltungen und Kunst	7.600,00 €
➤ Sonstige Erträge	50,00 €
➤ Veräußerungen von Grundstücken	1.000.000,00 €

Im Haushaltsjahr 2014 ist der Verkauf von zwei Grundstücken im Eberhard-Preis-Weg geplant.

26 Außerordentliche Aufwendungen

310.500,00 €

➤ Periodenfremde Aufwendungen	306.500,00 €
➤ Sonstige außerordentliche Aufwendungen (z.B. Erstattung von Grabgebühren Friedhof)	4.000,00 €

Die periodenfremden Aufwendungen wurden für das Haushaltsjahr 2014 geplant, um Nachzahlungen im Bereich von Strom und Heizung sowie Nachzahlungen an die konfessionellen Kindertagesstätten, welche das Haushaltsjahr 2013 betreffen und in 2014 verbucht werden, abzudecken. Die Leistung muss verursachungsgerecht dem Haushaltsjahr zugeordnet werden, wo die Leistung erfolgt ist.

27 Außerordentliches Ergebnis (Position 25 ./ Position 26)

697.150,00 €

Das **Ordentliche Ergebnis (Position 24)** addiert mit dem **Außerordentlichen Ergebnis (Position 27)** führt schließlich zum **Jahresergebnis** des Haushaltsjahres.

28 Jahresergebnis

- 1.702.480,00 €

Der Gesamtfinanzaushalt

Im Gesamthaushalt wird der geplante Finanzmittelfluss im entsprechenden Haushaltsjahr wie folgt dargestellt:

- Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit,
- Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und
- Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.

Da, wie bereits ausgeführt, der Finanzaushalt die Cash-Flow-Rechnung darstellt, wird hier, ausgehend vom Jahresergebnis, eine Bereinigung um sämtliche zahlungsunwirksame Vorgänge wie Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und die Zu- bzw. Abnahme von Rückstellungen vorgenommen. Besonders Hervorzuheben ist die Zu- bzw. Abnahme von Rückstellungen. Der größte Teil der Rückstellung stellt die Auflösung der Rückstellung für die Kreis- und Schulumlage für das letzte Halbjahr 2012 und das erste Halbjahr 2013 dar. Insgesamt werden in 2014 17.924.612,00 € an Kreis- und Schulumlage zahlungswirksam. Gleichzeitig werden bei der Bildung von Rückstellungen für die Kreis- und Schulumlage 18.004.836,00 € im Haushaltsjahr den Rückstellungen zugeführt. Außerdem erfolgt eine Abnahme von Forderungen, die im Zusammenhang mit der verspäteten Zahlungen des Verkaufspreises des Grundstücks Kleiner Hetzel, der verspäteten Zahlung des Thermalsolebades sowie in 2014 erfolgt der Zahlungseingang von Zinsen für eine Nachzahlung der Gewerbesteuer aus Vorjahren. Insgesamt werden die Forderungen um 3.935.000,00 € abnehmen, so dass die Liquidität in der Finanzrechnung somit abgebildet ist.

Dies führt dann zu einem

Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit von	3.716.221,00 €.
-----------------------------------------------------------------	------------------------

Für 2014 sind Investitionen von insgesamt 9.196.341,00 € geplant, denen Einzahlungen von 1.196.828,00 € (primär aus dem Verkauf der Grundstücke des Baugebietes Amselweg Eberhard-Preis-Weg und der Erwerb von Grabstätten) gegenüber stehen.

Eine Liste über sämtliche geplante Investitionen ist im Anschluss an den Gesamtfinanzaushalt auf den Seiten G9 ff angefügt. Bei den einzelnen Produkten werden die produktspezifischen Investitionen einzeln aufgeführt und erläutert. Es ergibt sich somit ein

Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit von	- 7.467.513,00 €.
--------------------------------------------------------	--------------------------

Ausgehend von der Liquidität aus 2013 kann der negative Saldo aus Investitionstätigkeit und die Zahlung der Kreis- und Schulumlage 2013 nur mit einer Kreditaufnahme finanziert werden. Auch die geplante Tilgung von Krediten ist mit 1.020.000,00 € im Haushaltsplan zu beziffern. Insgesamt ist aus der Investitionstätigkeit und der Tilgung von Krediten eine Kreditaufnahme von 8.664.341,00 € notwendig. Demnach haben wir 2014 ein

Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit von	7.644.341,00 €.
---------------------------------------------------------	------------------------

Diese drei Teilergebnisse führen letztendlich zu einem

Finanzmittelüberschuss des Haushaltsjahres von	3.893.049,00 €.
-------------------------------------------------------	------------------------

Somit wird bei einem voraussichtlichen Finanzmittelbestand in Form eines Kassenkredites am Anfang des Jahres 2014 von - 3.893.049,00 € mit einer notwendigen Kreditaufnahme

von 8.664.341,00 € einen voraussichtlichen Finanzmittelbestand in Form eines Kassenkredites zum 31.12.2014 von – 17.492,00 € erreicht werden. Aufgrund der Legitimation der Haushalte aus Vorjahren wird der Kassenkredit in einen Investitionskredit zum Jahreswechsel umgewandelt.

2310300000 Medico Palais

Erläuterung

Notiz

Kzf	Bezeichnung	Ist 2012	Budget 2013	Budget 2014	Budget 2015	Budget 2016	Budget 2017
6012000	Aufwendungen für Gerätschaften unter € 410,00 (GWG)	2.166,03	2.300,00	761,30	800,00	800,00	800,00
6012010	Aufwendungen für Gerätschaften unter € 150,00 (GWG) MWSt.	0,00	2.300,00	2.400,00	0,00	0,00	0,00
6051000	Strom	10.584,47	40.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
6052000	Gas	57.606,00	63.000,00	83.000,00	83.000,00	83.000,00	83.000,00
6069000	Sonstiger Materialaufwand für Reparatur und Instandhaltung	1.627,92	3.200,00	2.807,30	800,00	800,00	800,00
6070000	Aufwendungen für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel u.ä.	0,00	500,00	500,00	0,00	0,00	0,00
6139000	Sonstige weitere Fremdleistungen	31.057,24	58.500,00	59.700,00	57.850,00	57.850,00	57.850,00
6139300	Sonstige weitere Fremdleistungen Aufwandsentschädigung	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	0,00	0,00
6161000	Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen (Bauunterlagen)	74.346,30	352.600,00	132.250,00	78.855,80	78.855,80	78.855,80
6163000	Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	2.168,27	5.300,00	10.052,70	4.600,00	4.600,00	4.600,00
6173000	Fremdreinigung	7.654,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6451000	Aufwendungen an Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	3.150,84	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6730100	Gebühren für Abfallbeseitigung	5.204,40	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00
6730200	Gebühren für Abwasserbeseitigung	17.213,40	23.000,00	23.000,00	23.000,00	23.000,00	23.000,00
6730300	Gebühren für Wasserversorgung	8.835,13	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
6771000	Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6790000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Diensten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6900000	Beiträge für gebäudebezogene Versicherungen Brandversicherung	4.614,82	6.000,00	6.100,00	6.100,00	6.100,00	6.100,00
7020000	Grundsteuer	2.993,84	3.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
7970000	Periodenfremde Aufwendungen	722,62	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00

01 Bad Soden am Taunus

Summe Kosten	229.945,58	595.000,00	379.871,30	309.305,80	309.305,80	309.305,80
---------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Kzf	Bezeichnung	Ist 2012	Budget 2013	Budget 2014	Budget 2015	Budget 2016	Budget 2017
5003000	Umsatzerlöse aus der Überlassung von Gebäuden und Räumen	161.476,33	175.000,00	175.000,00	175.000,00	175.000,00	175.000,00
Summe Erlöse		161.476,33	175.000,00	175.000,00	175.000,00	175.000,00	175.000,00

	Ist 2012	Budget 2013	Budget 2014	Budget 2015	Budget 2016	Budget 2017
	-68.469,25	-420.000,00	-204.871,30	-134.305,80	-134.305,80	-134.305,80

Die Abschreibungen des Gebäudes betragen 163.532,43 € pro Jahr.

§ 6 Abs. 2 GemHVO-Doppik

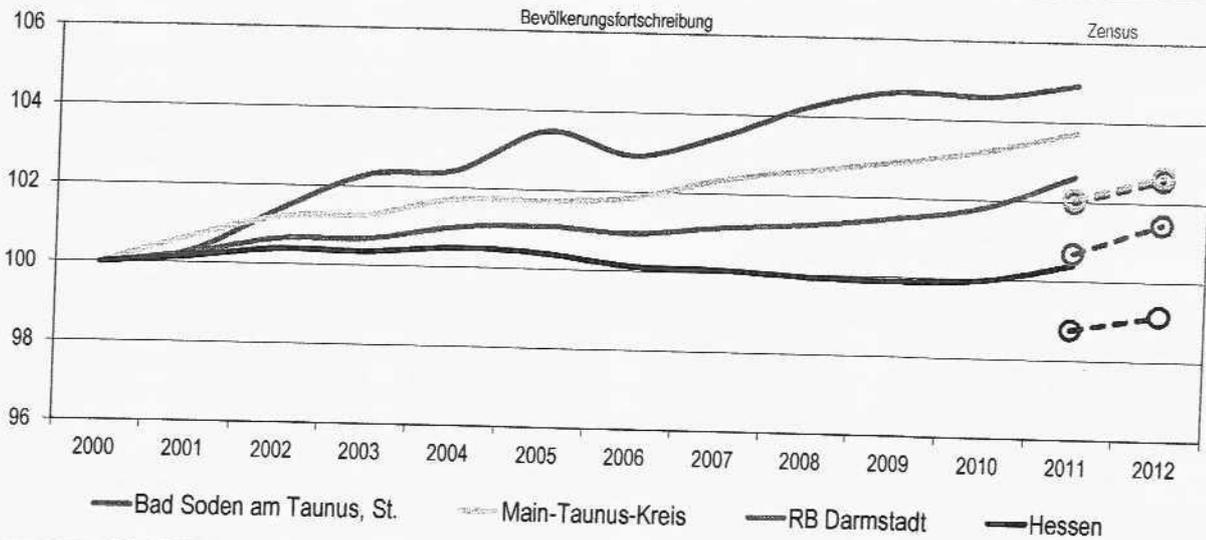
Berücksichtigung des demographischen Wandels

Nach § 6 Abs. 2 GemHVO-Doppik ist der Vorbericht dahingehend zu ergänzen, welche Auswirkungen durch die erwartete Bevölkerungsentwicklung auf die Gemeinde und ihre Einrichtungen sich voraussichtlich ergeben.

Gemeindedatenblatt: Bad Soden am Taunus, St. (436001)

Die Gemeinde Bad Soden liegt im südhessischen Landkreis Main-Taunus-Kreis und fungiert mit rund 21100 Einwohnern (Stand: 31.12.2012) als ein Mittelzentrum im Verdichtungsraum des Regierungsbezirks Darmstadt.

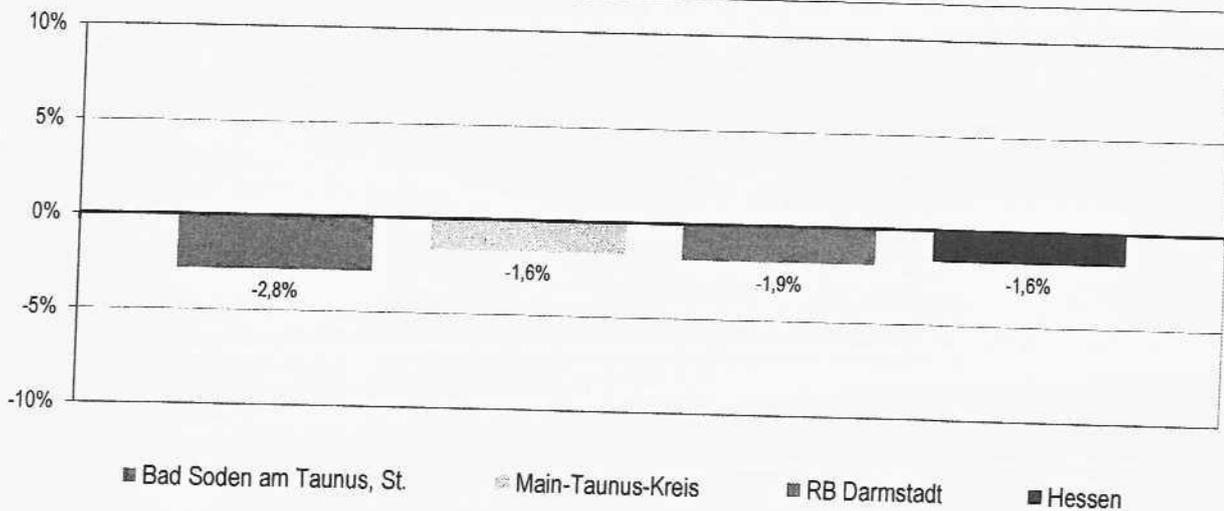
Bevölkerungsentwicklung von 2000 bis 2012 im Regionalvergleich (Jahresendstand im Jahr 2000=100)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2013), Berechnung der Hessen Agentur.

Die Bevölkerungszahl der Gemeinde Bad Soden ist durch das Zensusergebnis um -2,8% (-609 Einw.) nach unten korrigiert worden.

Auswirkungen des Zensus im Regionalvergleich (Vergleich Bevölkerungsfortschreibung mit Zensus, Stichtag 31.12.2011)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2013), Berechnung der Hessen Agentur.

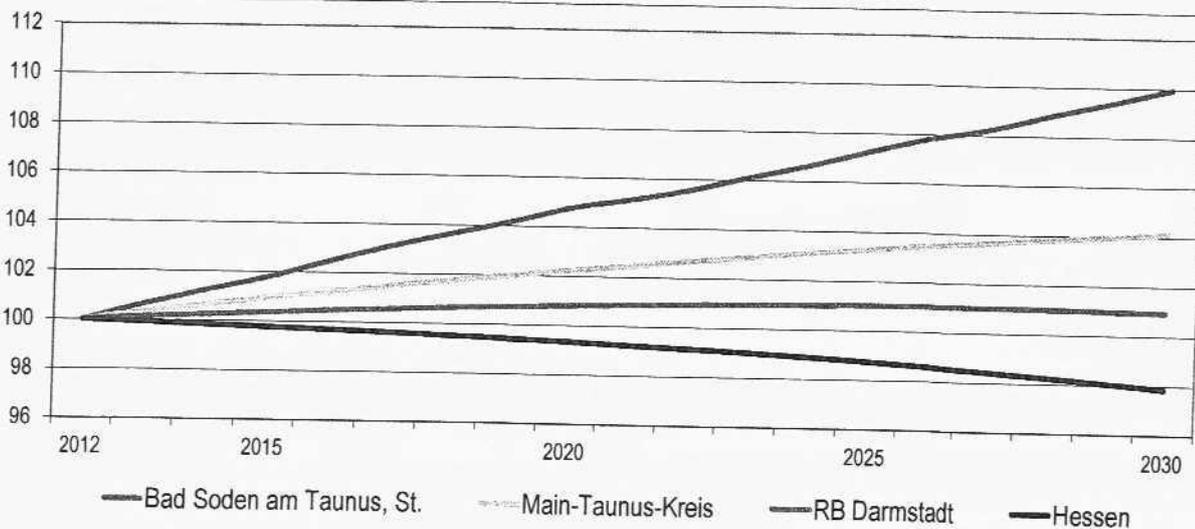
Eckwerte der regionalen Bevölkerungsentwicklung im Überblick (bis 2012 realisierte Werte / 2020, 2030 vorausgeschätzte Werte)

	Bad Soden am Taunus, St.	Main-Taunus-Kreis	RB Darmstadt	Hessen
Einwohner am Jahresende (Angaben in 1.000)				
2000	20,7	220,3	3.737,6	6.068,1
2011	21,7	228,5	3.835,6	6.092,1
2011	21,1	224,8	3.763,6	5.993,8
2012	21,2	226,1	3.791,4	6.016,5
relative Veränderung (Angaben in %)				
2000-2011	+4,9%	+3,7%	+2,6%	+0,4%
2011-2012	+0,6%	+0,6%	+0,7%	+0,4%
Anteil der Kommune an ... (Angaben in %)				
2000	100%	9,4%	0,6%	0,3%
2011	100%	9,5%	0,6%	0,4%
2011	100%	9,4%	0,6%	0,4%
2012	100%	9,4%	0,6%	0,4%
Durchschnittsalter (Angaben in Jahren)				
2000	44,2	41,5	41,2	41,1
2011	45,6	43,8	43,3	43,6
2020	46,2	45,0	44,7	45,2
2030	47,2	46,1	46,2	46,8

schwarz=Bevölkerungsfortschreibung rot=Zensus

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2013), Kommunale Bevölkerungsvoraussschätzung der Hessen Agentur.

Bevölkerungsentwicklung von 2012 bis 2030 im Regionalvergleich (Jahresendstand im Jahr 2012=100)



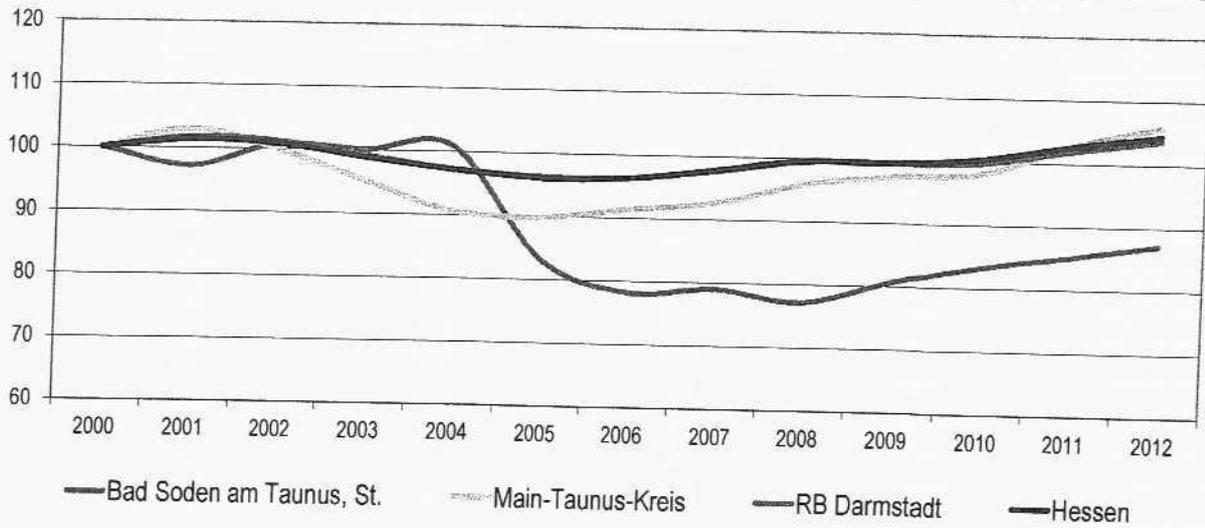
Quelle: Kommunale Bevölkerungsvoraussschätzung der Hessen Agentur.

Entwicklung der Altersstruktur im Regionalvergleich (Einteilung in planungsrelevante Altersgruppen)

	Bad Soden am Taunus, St.		Main-Taunus-Kreis		RB Darmstadt		Hessen	
Altersstruktur im Jahr 2000 (Bevölkerungsfortschreibung)								
unter 3 Jahre	3,2%		3,1%		3,0%		2,9%	
3 bis unter 6 Jahre	2,7%		3,1%		3,0%		3,0%	
6 bis unter 15 Jahre	7,1%		8,8%		9,1%		9,5%	
15 bis unter 18 Jahre	2,0%		2,6%		2,8%		3,0%	
18 bis unter 25 Jahre	5,7%		6,8%		7,3%		7,6%	
25 bis unter 30 Jahre	6,3%		5,8%		6,3%		6,2%	
30 bis unter 40 Jahre	18,7%		18,3%		18,0%		17,5%	
40 bis unter 50 Jahre	13,2%		14,6%		14,8%		14,7%	
50 bis unter 65 Jahre	21,6%		21,2%		19,7%		19,1%	
65 bis unter 75 Jahre	9,7%		9,2%		8,9%		9,1%	
75 Jahre und älter	10,0%		6,6%		7,1%		7,4%	
Altersstruktur im Jahr 2011 (Bevölkerungsfortschreibung Zensus, 09.05.2011)								
unter 3 Jahre	2,9%	3,0%	2,7%	2,7%	2,7%	2,7%	2,5%	2,5%
3 bis unter 6 Jahre	3,0%	3,1%	2,9%	2,9%	2,7%	2,7%	2,6%	2,6%
6 bis unter 15 Jahre	8,4%	8,5%	9,0%	9,3%	8,4%	8,6%	8,4%	8,6%
15 bis unter 18 Jahre	2,6%	2,5%	2,9%	2,9%	2,9%	2,9%	3,0%	3,1%
18 bis unter 25 Jahre	5,1%	4,7%	6,6%	6,4%	7,6%	7,6%	8,0%	8,0%
25 bis unter 30 Jahre	4,2%	4,7%	5,0%	4,9%	6,1%	6,1%	6,0%	6,0%
30 bis unter 40 Jahre	12,9%	12,7%	12,4%	12,5%	12,9%	13,0%	12,2%	12,3%
40 bis unter 50 Jahre	18,4%	19,0%	17,7%	18,2%	17,1%	17,2%	16,8%	16,9%
50 bis unter 65 Jahre	18,1%	17,9%	19,8%	19,7%	20,1%	19,9%	20,4%	20,2%
65 bis unter 75 Jahre	12,4%	12,6%	11,6%	11,7%	10,6%	10,7%	10,6%	10,7%
75 Jahre und älter	12,1%	11,2%	9,3%	8,7%	8,9%	8,6%	9,4%	9,0%
Altersstruktur im Jahr 2030 (Bevölkerungsvorausschätzung)								
unter 3 Jahre	2,7%		2,7%		2,5%		2,4%	
3 bis unter 6 Jahre	2,7%		2,7%		2,6%		2,5%	
6 bis unter 15 Jahre	7,7%		8,1%		7,9%		7,8%	
15 bis unter 18 Jahre	2,5%		2,7%		2,7%		2,6%	
18 bis unter 25 Jahre	6,3%		6,7%		6,7%		6,6%	
25 bis unter 30 Jahre	5,4%		5,6%		5,6%		5,5%	
30 bis unter 40 Jahre	12,6%		12,8%		12,9%		12,5%	
40 bis unter 50 Jahre	12,3%		12,6%		13,0%		12,8%	
50 bis unter 65 Jahre	20,6%		20,4%		20,1%		20,0%	
65 bis unter 75 Jahre	12,3%		13,1%		13,6%		14,3%	
75 Jahre und älter	14,7%		12,7%		12,5%		13,0%	

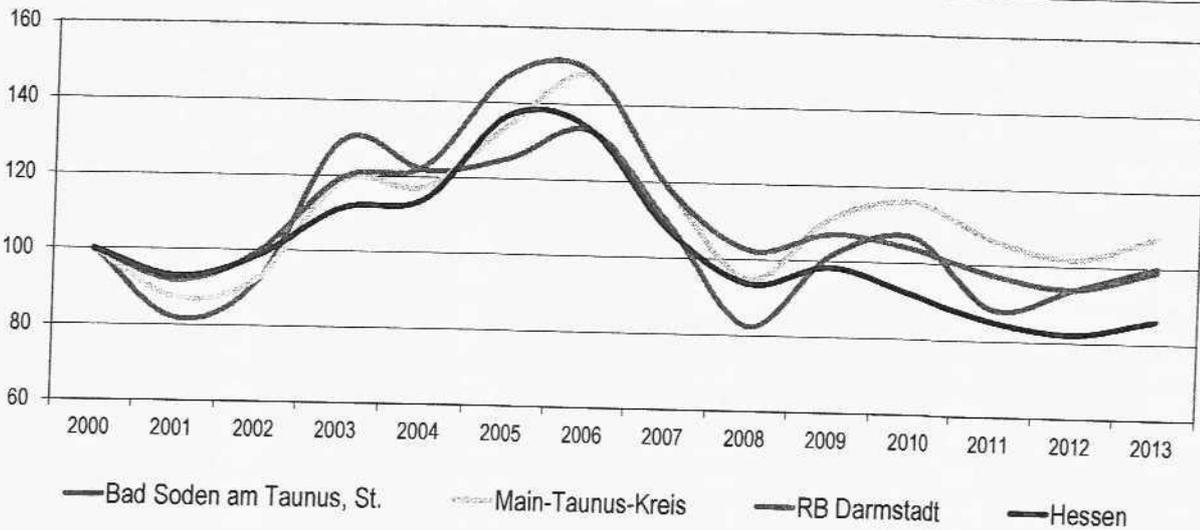
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2013), Kommunale Bevölkerungsvorausschätzung der HessenAgentur.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2000 bis 2012 im Regionalvergleich (Stand: 30. Juni; Jahr 2000=100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013), Berechnungen Hessen Agentur.

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2000 bis 2013 im Regionalvergleich (Stand: 30. Juni; Jahr 2000=100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013), Berechnungen Hessen Agentur.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Regionalvergleich

	Bad Soden am Taunus, St.	Main-Taunus-Kreis	RB Darmstadt	Hessen
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
im Jahr 2012 (Stand: 30. Juni)	5.065	88.652	1.517.411	2.272.259
Veränderung gegenüber dem Jahr 2000 (in %)	-12,8%	+5,8%	+3,7%	+4,5%
davon im Jahr 2012 (Anteilswerte in %, Stand: 31. Dezember)				
Vollzeitbeschäftigte	72,0%	78,9%	75,5%	74,3%
Teilzeitbeschäftigte	28,0%	21,1%	24,5%	25,7%
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte				
im Jahr 2012 (Stand: 30. Juni)	1.021	11.271	220.874	367.983
Veränderung gegenüber dem Jahr 2000 (in %)	+49,3%	+14,8%	+18,0%	+16,8%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013), Berechnungen Hessen Agentur.

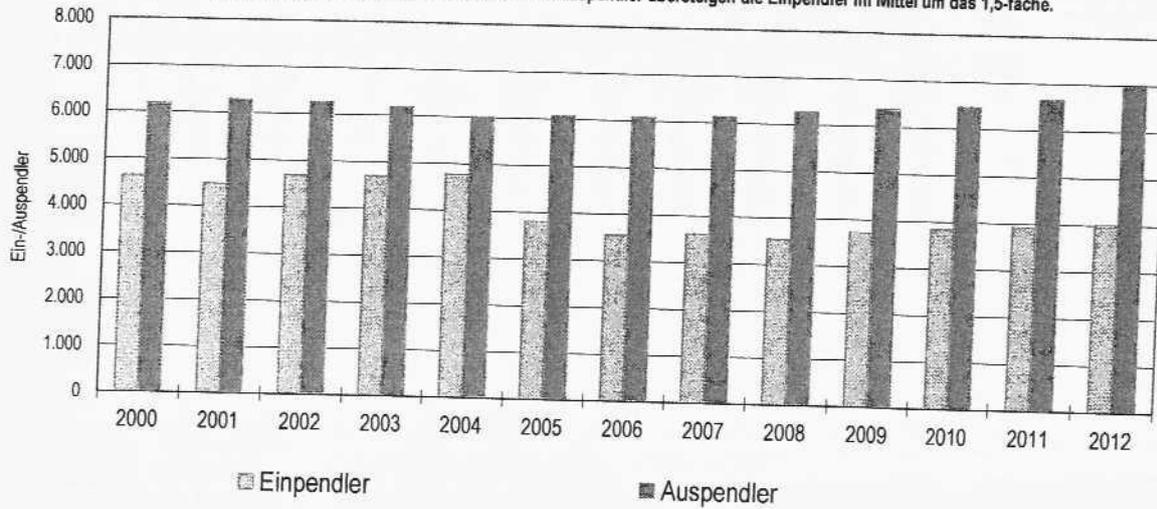
Prozentuale Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 2000 und 2012 im Regionalvergleich (Anteilswerte in %)

		Bad Soden am Taunus, St.	Main-Taunus-Kreis	RB Darmstadt	Hessen
Produzierendes Gewerbe	2000	10,0%	23,6%	27,3%	31,0%
	2012	*	15,6%	20,9%	25,3%
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2000	15,8%	29,8%	26,8%	25,5%
	2012	25,6%	29,8%	25,6%	24,4%
Unternehmensdienstleistungen	2000	41,3%	28,4%	25,2%	20,3%
	2012	26,3%	32,1%	30,9%	25,4%
Öffentliche und private Dienstleistungen	2000	32,7%	17,5%	20,2%	22,5%
	2012	40,9%	22,2%	22,3%	24,5%
Sonstiges, keine Zuordnung möglich oder anonymisiert	2000	0,2%	0,6%	0,6%	0,7%
	2012	7,2%	0,2%	0,3%	0,4%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013), Berechnungen Hessen Agentur.
* Werte anonymisiert oder keine Berechnung möglich

Entwicklung der Pendlerbewegungen Bad Soden am Taunus, St. von 2000 bis 2012

Bad Soden am Taunus, St. besitzt einen relativen Auspendlerüberschuss. Die Auspendler übersteigen die Einpendler im Mittel um das 1,5-fache.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2013), Berechnungen Hessen Agentur.

Ergänzende Indikatoren im Regionalvergleich

	Bad Soden am Taunus, St.	Main-Taunus-Kreis	RB Darmstadt	Hessen
Flächenindikatoren (2012)				
Gebäude- und Freifläche je Einw. (m ² /Einw.)	163	175	197	259
Anteil der Landwirtschaftsfläche an Gesamfläche in %	38%	42%	38%	42%
Anteil der Waldfläche an Gesamfläche in %	21%	24%	40%	40%
Bevölkerungsdichte (2012)				
Einw. je km ²	1.691	1.017	509	285
Einw. je km ² - Gebäude- und Freifläche	6.117	5.702	5.073	3.863
Wohnungen (2011)¹				
Anzahl der Wohnungen (Angaben in 1.000)	11,2	107,1	1.820,0	2.877,2
Veränderung gegenüber dem Jahr 2000 (in %)	+13,5%	+7,5%	+7,6%	+7,4%
Wohnfläche je Einw. (m ² /Einw.)	47,8	44,0	41,7	43,3
Veränderung gegenüber dem Jahr 2000 (in %)	+8,6%	+7,0%	+6,8%	+8,7%
Tourismus (2012)				
Übernachtungen (Angaben in 1.000)	136,6	680,3	18.363,3	29.964,8
Tourismusintensität (Übern. je 1.000 Einw.)	6.436	3.009	4.843	4.980

schwarz=Fortreibung rot=Zensus

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Hessisches Statistisches Landesamt (2013), Berechnungen Hessen Agentur.

¹ Derzeit liegen noch keine Daten für das Jahr 2012 vor.

Datenbank zum demografischen Wandel in den hessischen Gemeinden

Datenblatt für Bad Soden am Taunus, St.

(Stand: September 2013)

Die Hessen Agentur hat im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung für alle 426 hessischen Kommunen Daten und Indikatoren zum demografischen Wandel zusammengestellt und in diesem Rahmen erstmals auch flächendeckend kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzungen bis zum Jahr 2030 vorgenommen. Diese sind konsistent mit den bereits vorliegenden Vorausschätzungen für das Land und die Regierungsbezirke sowie für die kreisfreien Städte und Landkreise.

! Wichtig zur Interpretation der Bevölkerungsvorausschätzung !

Basis der Bevölkerungsvorausschätzungen sind die Beobachtungen im Zeitraum 2000-2009. Es handelt es sich also um eine Status-quo-Fortschreibung der Vergangenheitsentwicklung. Die Vorausschätzungsergebnisse zeigen, welche Veränderungen bei der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur der Bevölkerung in den hessischen Regionen langfristig zu erwarten sind, wenn die Entwicklungsmuster des Basiszeitraums auch in den nächsten 20 Jahren Gültigkeit haben. Dies betrifft die Entwicklung der Geburtenrate, der Lebenserwartung und der Wanderungen.

In einigen Regionen, die in der Vergangenheit relativ große Bevölkerungsverluste verzeichnet haben, fallen bei einer Fortschreibung in die Zukunft die vorausgeschätzten Bevölkerungsrückgänge sehr kräftig aus. Ziel von Modellrechnungen ist es, eine Orientierung zu geben, um sich aktiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auseinander zu setzen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen bzw. Positives zu stärken und Risiken entgegen zu wirken.

